

In eigener Sache: Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Karin Heckert ist die Schalt-Zentrale zwischen meinen Büros. Sie koordiniert alle meine Termine und den Ablauf in meinem Berliner Büro. Sie weiß eigentlich immer, wo ich gerade bin bzw. wo mein nächster Termin stattfindet. Bevor sie in dieser Legislaturperiode meine Büroleiterin wurde, hat sie für Christian Görke als Wahlkreismitarbeiterin gearbeitet. Deswegen funktioniert auch die Zusammenarbeit mit meinen Wahlkreisbüros sehr gut, sie kann deren Probleme und Fragen nachvollziehen und klären.
Kontakt: 030 / 22 77 23 29;
diana.golze@bundestag.de

Anja Stiedenroth, befasst sich als meine persönliche Mitarbeiterin vor allem mit meiner politisch-inhaltlichen Arbeit. Gemeinsam mit mir und den Fachreferenten grübelt sie über Anträge und Anfragen, die wir dann als Fraktion in den Bundestag einbringen. Außerdem bereitet sie meine Reden und Presseerklärungen vor, sowie Veranstaltungen, die ich besuche oder zu denen ich selber einlade.
Kontakt: 030 / 22 77 23 31;
diana.golze.ma02@bundestag.de

Hendrik Öchsle ist in meinem Wahlkreis wahrscheinlich ziemlich bekannt, da er mich zu vielen Terminen im Wahlkreis begleitet. Er organisiert die Termine nicht nur in Rathenow, sondern auch im gesamten Wahlkreis. Außerdem koordiniert er die zahlreichen Besuchergruppen, die regelmäßig den Bundestag besichtigen. Bereits in diesem Jahr waren schon mehr als 400 Bürger auf meine Einla-

dung in Berlin und konnten dort ein bisschen „Bundestags-Luft“ schnuppern.
Kontakt: 0 33 85 / 49 45 21;
diana.golze@wk.bundestag.de

Sascha Krämer ist mein Mitarbeiter im Wahlkreisbüro in Bad Belzig. Neben der Tätigkeit im Wahlkreisbüro, wo er unter anderem Ihre Anfragen bearbeitet, ist er für diesen Newsletter, die Presse und meine Internetseite verantwortlich. Ende November wurde er zum Kreisvorsitzenden der LINKEN in Potsdam gewählt. Dazu auch auf diesem Weg noch einmal meinen herzlichen Glückwunsch!
Kontakt: 03 38 41 / 3 25 47;
diana.golze.lt02@bundestag.de

René Kretzschmar ist seit meiner Wiederwahl 2009 in den Bundestag mein Wahlkreismitarbeiter in Brandenburg an der Havel. Dort kümmert er sich um Ihre Probleme und Sorgen und versucht, Ihnen auch durch den direkten Draht nach Berlin unkompliziert zu helfen.
Kontakt: 0 33 81 / 21 17 89;
brb@diana-golze.de

Anja Friedrich ist als meine Studentische Mitarbeiterin vor allem für die Ausschussvorbereitungen zuständig. Außerdem unterstützt sie Karin und Anja bei ihren jeweiligen Tätigkeiten. Sie steht vor allem auch meinen Praktikantinnen und Praktikanten zur Seite, da besonders die ersten Tage sehr informationsreich sind.
Kontakt: 030 / 22 77 23 29;
diana.golze.ma11@bundestag.de

Diana Golze
Fraktion DIE LINKE. im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Fon: 030 / 22 77 23 29
Fax: 030 / 22 77 63 29
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Märkischer Platz 2, 14712 Rathenow
Fon: 0 33 85 / 49 45 21
Fax: 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros
finden Sie unter: www.diana-golze.de

Newsletter 12

Dezember 2010, Nr.

von Diana Golze zu bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen



Liebe Leserinnen und Leser,

der Advent ist nicht nur die Zeit des Wartens auf das Weihnachtsfest und die ruhigen Tage im Kreise der Familie, sondern auch die Zeit des Rückblicks auf das zurückliegende Jahr. Nach einem Jahr schwarz-gelber Bundesregierung fällt dieser Rückblick alles andere als positiv aus. Milliarden schwere Geschenke an Hoteliers, die Verlängerung der Auslandsmandate der Bundeswehr, der Ausstieg aus dem Atomausstieg durch längere Laufzeiten von Kernkraftwerken, eine verfassungswidrige „Reform“ der SGB II-Regelsätze, die Streichung des Elterngeldes für Eltern in Bedarfsgemeinschaften... Die Reihe sozialer Grausamkeiten, ökologischer Fehlentscheidungen und friedenspolitischer Irrwege ließe sich fortsetzen - und lässt deshalb auch den Ausblick auf das kommende Jahr eher trübe ausfallen.

Doch wie heißt es so schön: Die Hoffnung stirbt zuletzt. Immer mehr Menschen lassen sich nicht mehr an der Nase herumführen. Die Umfragewerte der Union dümpeln vor sich hin und vor allem die FDP rangiert unter der Fünf-Prozent-Hürde. Lassen wir also gemeinsam dem „Herbst der Entscheidungen“ ein Jahr des Widerstands und der politischen Alternativen folgen!

Liebe Bürgerinnen und Bürger, ich wünsche Ihnen allen eine friedliche Weihnacht und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Ich hoffe, Sie finden ein wenig Ruhe für Besinnlichkeit und Freude mit Ihren Lieben. Ich bedanke mich bei Ihnen für das entgegengebrachte Vertrauen und das Interesse an meiner Arbeit im Bundestag und im Wahlkreis!

Viel Spaß beim Lesen! Diana Golze

Spruch des Monats

Das Ganze ist nicht verfassungskonform, sondern „haushaltskonform“ zurechtgetrickst worden.

Linken-Fraktionschef Gregor Gysi zu der Neuregelung der Hartz-IV-Regelsätze

TERMINE

9. Januar 2011

Luxemburg-Liebke-Ehrung,
Berlin-Friedrichsfelde

10. Januar 2011

Politischer Jahresauftakt
15.00 - 17.00 Uhr im bcc
Berliner Congress Center, Alexanderplatz 11, 10178 Berlin

25. Januar 2011

Neujahrsempfang der LINKEN
Brandenburg an der Havel
Ab 18.00 Uhr im Bürgerhaus
Hohenstücken, Walther-Ausländer-Straße 1

28. - 29. Januar 2011

18.00 Uhr und 20.00 Uhr
Das andere Afghanistan,
Bundestag, Paul-Löbe-Haus,
Konrad-Adenauer-Straße 1,
Eingang West

**Allen ein friedliches
Weihnachtsfest, Glück
und Wohlergehen und
einen guten Rutsch ins
Jahr 2011!**

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

„Annahme verweigert“

Das „Sparpaket“ der Bundesregierung, das am Freitag im Zuge des Haushalts 2011 verabschiedet wurde, bringt vor allem im sozialen Bereich massive Kürzungen. Besserverdienende oder Unternehmen hingegen werden kaum belastet. So wird Hartz-IV-Beziehenden nicht nur das Elterngeld komplett gestrichen, sondern auch der Zuschuss zu den Heizkosten. Die Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes um gerade einmal fünf Euro fällt dagegen kaum ins Gewicht. Dieser Haushalt verdeutlicht einmal mehr die Ziele

der schwarz-gelben Politik. Gespart wird bei den Ärmsten und Reiche dürfen schon auf die nächsten Steuererleichterungen hoffen. Deshalb fanden parallel zu der Verabschiedung des Haushalts umfangreiche Proteste vor dem Brandenburger Tor und dem Reichstag statt. Auch DIE LINKE beteiligte sich an diesen Protesten und stellte klar, dass sie die Annahme dieses „Sparpakets“ verweigern. Diese Regierung ist weder christlich noch liberal, schon gar nicht sozial und gerecht. Es ist Zeit für einen politischen Wechsel!

Fragen zur Politik

In teuren Zeitungsanzeigen teilte Bundeskanzlerin Angela Merkel der Bevölkerung gerade mit, dass die Bundesrepublik Deutschland auf gutem Wege sei. Der Wirtschaftsaufschwung sei da, die Arbeitslosigkeit sinke, die erneuerbaren Energien würden ausgebaut. Erstaunt reiben sich da die Zeitungsleser die Augen: Gibt es nicht noch immer Menschen, die als sogenannte „Aufstocker“ arm trotz Arbeit sind? Warum wird die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns immer noch blockiert? Sind nicht die Laufzeiten für die Atomkraftwerke zugunsten der Konzerne verlängert

worden, was zu berechtigten Protesten bei den Castortransporten geführt hat? Warum wird hier der von Rot-Grün behutsam eingeschlagene Weg verlassen? Und was ist schließlich mit dem Sparpaket, das die Bundesregierung geschnürt hat? Warum werden Hoteliers entlastet, statt eine Finanztransaktionssteuer oder eine Steuer auf große Vermögen und Erbschaften einzuführen? Und schließlich: Die Zwänge der Schuldenbremse sind selbst gewählt. Deshalb ist DIE LINKE gefordert, Alternativen deutlich zu machen. Auf den Straßen und Plätzen und in den Parlamenten.

Kinder und Jugendliche als Teil des demokratischen Systems betrachten

Kinder und Jugendliche müssen endlich als Teil des demokratischen Systems wahrgenommen und akzeptiert werden. Sie setzen sich vor allem in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld für ihre Interessen ein. Sei es in Jugendparlamenten, in Jugendclubs, in Vereinen, Verbänden und Parteien. Viele kennen ihre Rechte und wollen sie umsetzen. Doch die etablierte Politik wirft ihrem Engagement Knüppel zwischen die Beine, so dass sie oft resigniert aufgeben. In zahlreichen Programmen von Bund und Land werden Millionen

Euro eingesetzt um junge Menschen an demokratische Gepflogenheiten heranzuführen und um sie stark gegen rassistische und fremdenfeindliche Einflüsterungen zu machen. Doch das demokratische Recht an einer Wahl teilzunehmen wird ihnen noch über Jahre vorenthalten.

Die LINKE fordert schon seit Jahren das Wahlalter bei den Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre herabzusetzen. Ein Wahlrecht ab 16 Jahren ist nicht nur ein Gewinn für die Demokratie, sondern entspricht auch der

Lebenswirklichkeit. Schließlich ist es jungen Menschen nur schwer zu vermitteln, dass sie sich zwar für eine Religion oder einen Beruf entscheiden können, andererseits bei Wahlen nur zuschauen dürfen. Ich spreche mich für ein Wahlrecht auch auf Landesebene aus. Damit könnten sich Jugendliche nicht nur an Landtagswahlen, sondern auch an Volksinitia-

tiven und Volksbegehren beteiligen, was ihre demokratischen Beteiligungsrechte entscheidend stärken würde.

Politik sollte die Jugendlichen als Chance und Bereicherung betrachten und nicht als Gefahr oder gar zusätzliche Belastung, weil die Parteien dann natürlich auch verstärkt Angebote für diese Wählerschicht entwickeln müssten.

Gewerbsteuer weiterentwickeln statt schrittweise abschaffen

Nun hat Schäuble die Katze aus dem Sack gelassen. Die Gewerbsteuer soll erst geschwächt und dann abgeschafft werden. Nicht die Kommunen, sondern die Wirtschaft soll entlastet werden. Alle Versprechungen, die der Finanzminister am 3. November 2010 gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden gemacht hat, sind hinfällig. Die Zusage, die Gewerbsteuer nicht abzuschaffen, gilt nicht mehr. Dafür hat Schäuble sogar einen Wortbruch in Kauf genommen.

Wenn Schäuble jetzt die Gewerbsteuer für Pachten, Zinsen und Mieten abschafft und sie durch eine höhere Körperschaftsteuer ersetzt, bedeutet das für die Kommunen zu den 15 Milliarden Euro Einnahmeausfällen zusätzliche

erhebliche Einbußen. Die Körperschaftsteuer geht bekannterweise nur an Bund und Länder. Die Kommunen werden alle Einnahmeausfälle tragen, aber keinen Cent von den Ersatzentnahmen sehen.

DIE LINKE unterstützt die Forderungen des Deutschen Städtetages: Keinen kommunalen Zuschlag auf die Einkommensteuer, keine Abschaffung der Gewerbsteuer ohne Wenn und Aber sowie die Stärkung der Gewerbsteuer. Die Gewerbsteuer muss zur Gemeindefischschaftssteuer weiterentwickelt werden. Die Bemessungsgrundlage muss verbreitert und bisher nicht gewerbsteuerpflichtige Unternehmer wie beispielsweise freiberuflich Tätige und freie Berufe müssen einbezogen werden.

Beim menschenwürdigen Existenzminimum verbietet sich Polit-Pokerei

Union und FDP pokern auf dem Rücken von 8 Millionen Hartz IV-Betroffenen. Das ist ein übles Spiel.

Erst ignoriert die christlich-liberale Koalition das Urteil des Verfassungsgerichtes und beschließt ein verfassungswidriges Gesetz. Nun wird dieses Gesetz, in dem das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum geregelt werden soll, zum Gegenstand eines zynischen Polit-Pokers. Ministerin von der Leyen und Unionsfraktionschef Kauder ergehen sich in ‚Guter Bulle-Böser Bulle-Spielchen‘, SPD und Grüne streiten, wer als Erstes beim Hartz-Reform-Geschacher einknickt – die Hartz IV-Parteien führen ein

armseliges Schauspiel auf. Die Hartz-Reform darf nicht in einer Kungelrunde zwischen diesen Parteien hinter verschlossenen Türen ausgehandelt werden. Wir brauchen eine Schlichtung unter Einbeziehung von Gewerkschaften, Sozialverbänden und Arbeitslosenverbänden.

Fakt ist: Verhandlungen haben nur dann einen Sinn, wenn CDU/CSU und FDP auf den Boden des Grundgesetzes zurückkehren. Dieses Gesetz ist nicht zustimmungsfähig, solange es keine substantielle Bewegung beim Regelsatz und keinen gesetzlichen Mindestlohn gibt. Sonst ist eine erneute Verfassungsklage unausweichlich.

Mehr Informationen unter www.diana-golze.de. Schauen Sie mal rein!